

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1918**

49 (30.1.1918) Mittagausgabe

# Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.

Wöchentlich 1 Nummer „Karlsruher Unterhaltungsblatt“ mit Illustrationen.

Weitaus größte Bezieherzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von Ferd. Thiergarten. Verantwortlich für allem. Redakteur: Albert Herzon. Verantw. für badische Politik, Volkes, bad. Chronik und den allgemeinen Teil: J. B. von Rudolph, für den Anzeigenteil: A. Rinderspacher, sämtl. in Karlsruhe i. V. Verleger: Berlin W 10.

Anzeigen: Die Spaltenzahl 20 Wk. Die Zeilenzahl 12. Die Zeilen an 1. Stelle 1.25 Wk. die Zeilen außerdem ab 1. Dezember 1917 10% Teuerungszufschlag. Bei Wiederholungen besonderer Art, bei der Abnahme des Preises, bei gerichtlichen Streitigkeiten und bei Konventionen anderer Art mit. Postfach-Numm. Karlsruhe Nr. 8059.

Bezugs-Preise: Ausg. A ohne „Mittl. Weltschau“ 1.12 1.32 Ausg. B mit „Mittl. Weltschau“ 1.17 1.37 In Karlsruhe: Ausgabe A monatlich 1.25 1.45 Ausgabe B 1.12 1.33 Durch d. Briefträger 1.36 1.57 Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 49. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Mittwoch den 30. Januar 1918. Telefon: Redaktion Nr. 809. 34. Jahrgang.

### Deutscher Heeresbericht.

(Mittagsbericht.)  
WB. Berlin, 29. Jan., abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

### Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Die deutschen Luftangriffe auf London.  
WB. London, 29. Jan. (Nicht amtlich.) Amtlich. Feindliche Flugzeuge überflogen die Küste von Kent und Essex kurz vor 8 Uhr abends und näherten sich London. Einige Flugzeuge gelangten bis zur Hauptstadt, wo sie zwischen 9 und 10 Uhr Bomben abwarfen. Die letzte Meldung besagte, daß eines der feindlichen Flugzeuge durch unsere Flugabwehrmannschaften in Essex abgeschossen worden ist.

WB. London, 29. Jan. (Nicht amtlich.) Amtlich. Es wurde ein weiterer Angriff auf London nach Mitternacht unternommen. Ungefähr um 12.30 Uhr wurden Bomben abgeworfen. Der Angriff dauerte noch fort.

### Die Ententeberatung.

WB. Berlin, 30. Jan. Wie der „Berl. Vol.-Anz.“ berichtet, soll die heute in Versailles beginnende Ententeberatung unter Clemenceau bis zur Abreise Lloyd Georges und Orlando insgesamt vier Tage beanspruchen.

WB. Bern, 30. Jan. (Nicht amtlich.) Die Beratungen der Pariser Konferenz sollen sich von nun an hauptsächlich mit ernstlichen Problemen politischer und militärischer Art, auch mit der Bildung einer Mandatorarmee für die Westfront befassen. Ministerpräsident Clemenceau werde den Beratungen, begleitet von den Generalen Foch und Weygand, beiwohnen.

### Die Friedensverhandlungen mit Rußland.

Basel, 29. Jan. (Privatteil.) Laut „Basl. Nachr.“ erzählt „Havas“ aus Petersburg, im Smolninskiut seien 400 Delegierte eingetroffen, welche die neuen Bedingungen der eintreffenden russisch-deutschen Beziehungen zu regeln haben werden. (g. K.)

Basel, 29. Jan. (Privatteil.) Laut „Basl. Nachr.“ meldet „Havas“ aus Petersburg: Der 3. panrussische Kongress der Sowjets wird sich mit der Wiederaufrichtung des öffentlichen Lebens und der Regierung in Rußland, sowie mit den brennenden Fragen des Friedens befassen. An das Proletariat des Auslands wurden Sympathietelegramme geschickt. (g. K.)

### Ankunft in Brest-Litowsk.

WB. Brest-Litowsk, 29. Jan. (Nicht amtlich.) Im Laufe des gestrigen Tages sind in Brest-Litowsk eingetroffen: Am Nachmittag der österreichisch-ungarische Minister des Außeren Graf Czernin mit den übrigen Mitgliedern der österreichisch-ungarischen Delegation; am Abend Staatssekretär v. Kühlmann und der bayerische Staatsminister und ehemalige Ministerpräsident Graf Podewils mit Begleitung, ferner Großvezier Talaat Pascha, Minister des Außeren Nisim Bey, Vizepräsident Salki Pascha mit einigen anderen türkischen Herren, endlich Teile der bulgarischen Delegation mit Oberst Gantschew an der Spitze. Heute vormittag gegen 1/2 12 Uhr ist auch Volkskommissar Trotsky in Brest-Litowsk angekommen.

Auf russisches Ansuchen wurde die für heute anberaumte gemeinsame Sitzung der politischen Kommission auf morgen verlegt.

### Trotskys Zuvoricht.

WB. Stockholm, 29. Jan. (Nicht amtlich.) Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat Trotsky auf dem dritten allrussischen Kongress der Arbeiter und Soldatenräte am Schluß einer längeren Rede folgendes erklärt: „Die russische Delegation wird ihre Forderungen nicht preisgeben. Sie wird keinen Separatfrieden schließen. Die Bewegung greift auf Polen und England über. Die Macht der imperialistischen bürgerlichen Regierungen ist unterminiert. Das europäische Proletariat wird uns unterstützen. Wir kämpfen für eine gemeinsame Sache und wir werden siegen.“

Kopenhagen, 29. Jan. „Daily Mail“ meldet: Die bolschewistische Regierung wird die deutschen Friedensbedingungen nicht annehmen, sondern die Verantwortung für den Abschluß dem allrussischen Kongress überlassen. (W. 3.)

### Trotskys Hoffnung auf die deutsche Volksstimmung.

Stockholm, 29. Jan. Eine Persönlichkeit aus der Umgebung Trotskys teilte dem hiesigen Korrespondenten der „Voss. Ztg.“ über den gegenwärtigen russischen Minister des Außeren folgendes mit: „Meine Unterredungen mit Trotsky liegen für mich keinen Zweifel übrig, daß er noch Mitte Dezember keine Hoffnung hegte, daß es ihm und den Bolschewisten überhaupt gelingen könnte, die bolschewistischen Ideen in die breiten Massen des deutschen Volkes zu bringen. Damals glaubte er, den Frieden hat um jeden Preis haben zu müssen, wenn er die bolschewistische Macht nicht vernichten wollte. Er hatte seine Brest-Litowsker Delegierten auch dahin informiert. Die eigentlichen Unterhändler Trotsky, Kameneff und Kaganan hatte er zu seinen Anhängern und Abhängern und nur die militärischen Berater Alwatar und Lipski waren für eine schnelle Konzession bei den Brest-Litowsker Verhandlungen.“

Im Neujahr herum nahm die Sache eine andere Wendung, in erster Reihe auf Grund des Einflusses Kedeas, den Trotsky als Spezialisten für deutsche und österreichische Volksstimmungen betrachtete und dem es gelang, Trotsky einzureden, Deutschland werde auf alles verzichten, um nur zu einem Separatfrieden mit Rußland zu gelangen.

„Wenn die Brest-Litowsker Verhandlungen resultatlos verlaufen sollten, so würde dies dem jetzt zweifellos obwaltenden inneren Wunsch Trotskys entsprechen. Er würde dann aller Bestand tun, er habe sich mit Wägen von den in Brest-Litowsk versammelten Deutschen abgewandt; in Deutschland und Oesterreich sei die politische und soziale Katastrophe im Anzuge und die Bolschewiki Rußlands Wanken ruhig abwarten, bis diese Katastrophe ihnen bessere Resultate liefern werde als Brest-Litowsk es hätte tun können.“

### Deutsche Pressestimmen.

WB. Berlin, 30. Jan. Zu der Erklärung Trotskys, daß die russische Delegation ihre Forderungen nicht preisgeben werde und keinen Separatfrieden schließen, äußert sich das Regierungsorgan, die „Nordd. Allg. Zeitg.“ in seiner redaktionellen Bemerkung:

„Es erhebt uns doch recht fraglich, ob das Verprechen Trotskys, daß die Weltrevolution den Frieden am sichersten herbeiführen werde, der großen Masse des russischen Volkes eine ausreichende Bürgschaft für das Beharren ihres Friedenswunsches ist. Sie weiß jedenfalls, daß die Mittelkräfte in engerer Friedensbereitschaft an die Fortsetzung der Verhandlungen herangehen, und man wird gut tun, abzuwarten, ob die Maximalisten wirklich das Risiko einer Enttäuschung des russischen Friedenswunsches zugunsten ihrer revolutionären Propaganda auf sich nehmen werden.“

Die freikonservative „Post“ schreibt: Wenn es dem deutschen gesunden Sinn und der deutschen Friedensliebe entsprochen hat, die Brest-Litowsker Verhandlungen nicht brüskel abzubrechen, und es noch einmal mit gütlichen Verhandlungen zu versuchen, so stehen wir nunmehr allem, was wir von den maximalistischen Truppen erfahren haben, vor einem völlig veränderten Bild. Vor allen Umständen ist es Pflicht der deutschen Unterhändler, den Sprechern der Bolschewiki mit aller Schärfe entgegenzutreten und ihre überhand nehmenden Forderungen auf das nachdrücklichste entgegenzuhalten. Anders mag es um die Aussprache mit den Ukrainern stehen, soweit sie sich den bolschewistischen Einflüssen entziehen. Trotsky mag jetzt endlich Farbe bekennen, ob er den Frieden ehrlich will, oder ob es ihm nur auf die Verhütung von Volk und Regierung im Deutschen Reich ankommt. Das deutsche Ansehen vertritt es nicht mehr, daß in Brest-Litowsk auch nur ein einziger Tag noch mit glänzenden Reden hingetragen wird.

### Aus dem neuen Rußland.

#### Die Kämpfe im Innern.

WB. Basel, 29. Jan. (Nicht amtlich.) Nach dem „Temps“ wurden am 24. Januar alle Mitglieder des sozialrevolutionären Komitees von Moskau und diejenigen der Provinz Moskau gefangen gesetzt. (W. 3. a. M.)

#### Die Kämpfe gegen die Ukraine.

WB. Berlin, 30. Jan. Laut „Berl. Vol.-Anz.“ wird aus London gemeldet: Nach gestern hier eingetroffenen Nachrichten gehen die Bolschewiki zum Kampfe mit den Ukrainern über, nachdem sie vorher ihre Unabhängigkeit anerkannt hatten. Auch zwischen den Rumänen und den Bolschewiki ist der Kampf entbrannt.

WB. Petersburg, 30. Jan. (Nicht amtlich.) Neuter. Der maximalistische Volksbeauftragte für nationale Angelegenheiten gibt bekannt, daß die Volksbeauftragten mit der Kaba der Ukraine nicht weiter verhandeln werden. Der einzig mögliche Weg sei der unarmherzige Kampf gegen die Kaba, bis die ukrainischen Sowjets siegreich seien. Frieden und Ordnung könnten in der Ukraine nur herrschen, wenn die Herrschaft der Bourgeoisie voll beseitigt und ersetzt sei durch die neue sozialistische Kaba der Sowjets, deren Kern schon in Charkow gebildet sei. Wie gemeldet wird, mobilisierten die ukrainischen Bolschewiki ihre Streitkräfte. Eine allgemeine Schlacht bei Kiew sei in einigen Tagen zu erwarten. Der rumänische Konsul und 14 Offiziere seien in Kijew verhaftet worden.

#### Die Kämpfe in Finnland.

WB. Kopenhagen, 28. Jan. (Nicht amtlich.) „National-Tidende“ meldet aus Stockholm: Die Lage in Finnland spitzt sich ständig zu. Die beiderseitige Erbitterung wächst. Am letzten Donnerstag fand an Bord eines Kriegsschiffes in Helsingfors zwischen Mitgliedern der Regierung und dem sozialdemokratischen Ausschuss der Offiziersflotte eine Zusammenkunft statt. Der Matrosenausschuss forderte vom Senat die Ablieferung der Waffen der Bürgergarde an die Rote Garde, andernfalls würde Helsingfors dem Erdboden gleichgemacht. Als die Sitzung um 4 Uhr morgens geschlossen wurde, war es dem Präsidenten Swinehusud gelungen, von den Anwesenden das Versprechen zu erhalten, zur Verhütung der Gemüter beizutragen. Unter den Zeitungen erschienen nur noch die des Roten Garde. Viele rote Gardisten sind nach Petersburg abgereist, um dort Nachschub zu erhalten.

WB. Petersburg, 30. Jan. (Nicht amtlich.) Neuter meldet, 600 Vertreter der Roten Garde seien mit Maschinengewehren nach Wiborg abgegangen, um die finnische Rote Garde zu unterstützen.

WB. Stockholm, 30. Jan. (Nicht amtlich.) Svenska Telegram Byran. Aus Helsingfors wird gemeldet: Der Streik dauert an. Die Rote Garde beschloß vorgestern mit Maschinengewehren einige Häuser im Mittelpunkt der Stadt. Es gab aber nur wenige Tote und Verwundete. Die Nacht war ruhig. Das russische Militär verhält sich passiv. Auch Wiborg ist ruhig. Aber auf der ersten Station Kaamaerae fanden am Sonntag Unruhen statt, wobei 5 Personen getötet und 5 verwundet wurden. Die Eisenbahnbrücke von Torajok und Karjalani wurde gesprengt. Schutzkorps mit 20 Maschinengewehren und Tausenden von Gewehren marschieren südwärts gegen Helsingfors.

WB. Berlin, 30. Jan. (Privatteil.) Die „Voss. Ztg.“ meldet: Sämtliche fremden Konsule haben gestern Helsingfors auf dem Wege nach Wiborg und dem Norden verlassen. In der Nacht auf gestern haben rote Gardisten und bolschewistische Soldaten die Kabel über Petersburg nach Schweden durchgeschnitten, so daß Finnland und Rußland jetzt von der Drahtverbindung mit Westeuropa völlig abgeschnitten sind. (g. K.)

#### Der finnische Senat gekürzt.

WB. Stockholm, 28. Jan. (Nicht amtlich.) „Aftonbladet“ veröffentlicht ein Telegramm aus Saporanda, daß der finnische Senat von den Revolutionären in Helsingfors gekürzt worden sei. Der neuernannte schwedische Gesandte sei nach Tornea geflohen und nach Stockholm unterwegs. Auch der Landeshauptmann Heikel in Wasa sei mit einem besonderen Auftrag nach Schweden abgereist.

WB. Stockholm, 30. Jan. (Nicht amtlich.) Wie die hiesige finnische Gesandtschaft telegraphisch erfährt, hat der finnische Senat Helsingfors verlassen und sich an einen unbekanntem Ort begeben, um dort seine Arbeiten fortsetzen zu können. Die Stadt ist von russischen Truppen besetzt worden. Es herrscht vollkommene Anarchie, und nicht einmal dem Roten Kreuz wird erlaubt, seine Pflicht zu tun. Zum Oberbefehlshaber der bürgerlichen Schutztruppe ist der General der Kavallerie Baron Mannerheim ernannt worden.

WB. Saporanda, 30. Jan. (Nicht amtlich.) „Svenska Telegram Byran“. Seit vorgestern ist ganz Südfinnland bis Hammersjörb in den Händen der Roten Garde, die von russischen Soldaten unterstützt wird. Das Telegraphenamt und andere öffentliche Gebäude in Helsingfors sind von der Roten Garde besetzt, die den Senat als abgesetzt erklärte und die Bolschewiki als Herren der Regierung ausrief. Des Verlaufs über die Verhaftung von Mitgliedern des Senats ist nicht bestätigt. In Nordfinland gelang es der bürgerlichen Garde, die Rote Garde in Schach zu halten. Es herrscht dort verhältnismäßig Ruhe. In Tornea sind nur 80 russische Soldaten geblieben.

#### Die Streikbewegung.

WB. Berlin, 29. Jan. Die Streikbewegung von Groß-Berlin hielt sich bisher in ruhigen Formen, doch hat der Streik im Laufe des gestrigen Abends festere Gestalt angenommen. Die von den einzelnen Betrieben, besonders der Rüstungsindustrie gewählten Stenographen-Ausschüsse haben sich zu einem Arbeiterrat zusammengeschlossen, dem die Ausarbeitung des Streikprogramms übertragen wurde. In späterer Nacht wurde der Arbeiterrat an die Berliner Presse folgende Mitteilung:

„Der Massenstreik der Berliner Arbeiter für einen sofortigen demokratischen Frieden hat bereits am ersten Tage einen großen Umfang angenommen; Montag nachmittag fanden bereits mehr als 250 000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Streik, eine Zahl, die sich allmählich auf rund 300 000 steigerte. Die Delegierten der einzelnen Betriebe fanden sich im Gewerkschaftshaus zusammen und konstituierten sich als Arbeiterrat; einstimmig ist der Ausschuss eingeseht, dem auch eine Frau angehört und in den Vertreter beider sozialdemokratischer Reichstagsfraktionen gewählt wurden. Dieser Ausschuss soll die Bewegung leiten. Die Delegiertenversammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der neben bestimmten Forderungen aufgestellt sind. Die Bewegung erhält fortgesetzt neuen Zuspruch durch die Arbeiter und Arbeiterinnen der Nachschichten. Die Stimmung der Arbeiter ist ruhig, fest und entschlossen.“

#### Lieben Forderungen

- lauten dem „Vorwärts“ zufolge:
1. Seltene Herbeiführung des Friedens ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigung aufgrund des Selbstbestimmungsrechts der Völker, entsprechend den Ausführungsbestimmungen, die dafür von den russischen Volksbeauftragten in Brest-Litowsk formuliert wurden;
  2. Zuziehung von Arbeitervertretern aller Länder zu den Friedensverhandlungen;
  3. Ausgiebigere Nahrungsmittelversorgung durch Erfassung des Lebensmittelbestandes in den Produktionsbetrieben wie in den Handelslagern zwecks gleichmäßiger Zuführung an alle Bevölkerungskreise;
  4. Der Belagerungszustand ist sofort aufzuheben, das Vereinsrecht tritt vollständig wieder in Kraft, ebenso das Recht der freien Meinungsäußerung in der Presse und in Versammlungen. — Das Schußgesetz für Arbeiterinnen und Jugendliche ist sogleich wieder in Kraft zu setzen, alle Eingriffe der Militärverwaltung in die ge-

wirtschaftliche Tätigkeit sind rückgängig zu machen und neue zu verhindern;

6. Die Militarisierung der Betriebe ist gleichfalls aufzuheben; 6. Alle wegen politischer Hemmungen Beurteilten und Verhafteten sind sofort freizulassen;

7. Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinstellungen in Deutschland und zwar zunächst die Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren für den preussischen Landtag.

Hierzu ist zu bemerken, nach genauester amtlicher Schätzung belief sich die Zahl der am Montag Streikenden nur auf etwa 120 000 allerdings ist es möglich, daß sich diese Zahl im Laufe der Nacht erheblich vermehrt hat. Wichtig ist, daß die sozialdemokratische Parteileitung und ebenso die Gewerkschaften von den Streikenden aufgefodert wurden, die Führung zu übernehmen. Allem Anschein nach wird sich die sozialdemokratische Fraktion hierzu bereit erklären, wie aus dem heutigen Vorwärts zu erkennen ist. Damit würde die Leitung des Streiks, die bis jetzt unercentliche Gewalt in der Hand hatten, von einer festen organisierten Macht übernommen werden.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ schreibt:

Unter den Forderungen, die jetzt von den Arbeitermassen mit gesteigertem Nachdruck vertreten werden, ist auch nicht eine einzige, die nicht von der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes gebilligt würde. Damit ist auch die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zu der gegenwärtigen Bewegung gegeben. Die Bewegung hat sich am gestrigen Tage mit bewundernswerter Ruhe vollzogen und alle Welt erwartet nichts anderes, als daß es so bleibt. Da sie von keiner leitenden Stelle inszeniert wurde, sondern aus den Massen selbst hervorgewachsen ist, müssen sich die organisierten Führer, die zu ihrer Führung notwendig sind, während ihres Ganges selbst vollziehen. Diese Maßnahmen sind auf gutem Wege, und wie es im Innern gilt, alle Kräfte zur Einheit zusammenzuführen, so gilt es auch über die Grenzen und über die Schlingengraben hinaus die Arbeitermassen zur Solidarität aufzurufen. Jetzt ist es nun an der englischen und französischen Arbeiterpartei, zu zeigen, ob es ihnen ebenso ernstlich um den Frieden zu tun ist, als den Deutschen. Wir verlangen und erwarten von ihnen nicht, daß sie der eigenen Landesverteidigung in den Rücken fallen, ebensowenig wie wir das selber tun. Aber wir verlangen und erwarten von ihnen, daß sie mit dem gleichen Nachdruck wie wir es tun, ihre Regierungen dazu auffordern, dem grauenvollen Völkermord ein Ende zu bereiten.

Die Berliner Wälder melden inzwischen übereinstimmend, daß der Streik beträchtlich an Ausdehnung gewonnen habe. Nach der wohl übertriebenen Schätzung des „Berl. Tagebl.“ stehen zurzeit 400 000 Berliner Arbeiter im Ausstand. Der 500 Mann zählende Arbeiterrat hat nach dem gleichen Blatte einen Aktionsausschuß aus 10 Arbeitern und einer Arbeiterin, sowie den Abgeordneten Lebebour, Gaase und Dittmann, Scheidemann, Ebert und Braun eingesetzt.

Der Aktionsausschuß hat beschlossen, in der energischsten Form gegen das Versammlungsverbot vorzugehen. Es ist zu diesem Zwecke eine Deputation von 5 Arbeitern und 4 Abgeordneten gewählt worden, die mit dem Staatssekretär Wastorf verhandeln soll, um ihre auf Grund des Vereins- und Versammlungsrechts gewährleistete Versammlungsfreiheit durchzusetzen.

Die Deputation setzte sich telefonisch mit dem Staatssekretär in Verbindung, um einen Zeitpunkt für einen Empfang zu vereinbaren. Der Staatssekretär lehnte es zunächst ab, die Deputation zu empfangen; er begründete die Ablehnung damit, daß er mit den Arbeitern nicht verhandeln könne, er bedeutete aber, daß er bereit sei, mit den Abgeordneten in Verhandlungen zu treten. Das Verhandeln mit den Arbeitern könne „zu unvorhersehbaren Konsequenzen“ führen.

Daraufhin begab sich eine Abordnung, bestehend aus den Abgeordneten Scheidemann und Gaase und 2 Arbeitern zu dem Staatssekretär Wastorf, um ihm mitzuteilen, daß der Aktionsausschuß einstimmig beschlossen habe, daß nur unter Hinzuziehung der Arbeiter verhandelt werden könne. Ueber den Erfolg dieser Kundgebung meldet das Blatt nichts.

Tagegen meldet das offiziöse Wolff-Büro: Der Staatssekretär des Innern wurde heute von Vertretern der beiden sozialdemokratischen Fraktionen um eine Unterredung ersucht, an der auch Abgeordnete der streikenden Arbeiter teilnehmen sollten. Der Staatssekretär erklärte, daß er bereit sei, die sozialdemokratischen Abgeordneten zu empfangen; mit den nicht der Volksvertretung angehörigen Arbeitern könne er indessen über Fragen allgemeinen politischen Inhalts nicht verhandeln, da Besprechungen dieser Art vor das Forum des Reichstages gehören. Die geplante Unterredung ist daraufhin unterblieben.

Berlin, 29. Jan. Heute vormittag sollte im Gewerkschaftshaus von 9 bis 12 Uhr eine Anzahl von Versammlungen der Ausständigen und außerdem auch Versammlungen der Schneider, Schuhmacher und Möbeler zur Stellungnahme zu dem Streik stattfinden. Die Polizei antwortete diese Veranstaltungen. Die große Masse der erschienenen Arbeiter ging, als mitgeteilt wurde, daß morgen früh eine neue Versammlung stattfinden würde, ruhig nach Hause. Um 10 Uhr begann dann im Gewerkschaftshaus eine Sitzung der Gewerkschaftskommission, an der auch Vertreter der Streikenden hinzugezogen wurden. Nach kurzer Beratung wurde beschlossen, sofort eine Deputation dem Minister des Innern zu senden, um ihm die Forderungen der Ausständigen zu unterbreiten. (B. Z.)

Berlin, 29. Jan. Nach hier vorliegenden Nachrichten sind die Arbeiter im niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet, bis auf einzelne wenige Ausnahmen, der Aufforderung, sich am Streik zu beteiligen, nicht gefolgt. Der Regierungsbezirk Düsseldorf meldet unter seinen 700 000 Schwerkraftern nur 200 Streikende. In Hamburg, wo auch einzelne Kundgebungen veranstaltet wurden, hat, ebenso wie in Kiel, augenscheinlich die Frage der Lebensmittelversorgung die Streikbeteiligung unterbunden. Ebenso wird von anderen Vorkriegsblättern ähnliches gemeldet. Aus dem Süden des Reiches liegt bisher nur eine Nachricht aus Nürnberg vor. Dort haben, nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ die sozialdemokratische Partei und die Vereinigten Gewerkschaften sich gestern mit der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei geeinigt, um die Ausstandsbewegung einheitlich durchzuführen. Heute vormittag fand auf dem Egidienberg und den angrenzenden Plätzen und Straßen Nürnbergs eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel statt, der etwa 60-70 000 Personen beimohnten. Es sprachen gleichzeitig 6 Redner. Sie führten aus, es handle sich hauptsächlich um Unterstützung der Forderungen der preussischen Arbeiter auf sofortige Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen in Preußen und um Durchführung der Verfassungsrevision in Bayern und trugen im übrigen ähnliche Forderungen wie in Berlin vor. Beschlossen wurde, in allen Betrieben heute abend um 6 Uhr die Nachschicht und morgen früh die Tagelöhner wieder vollständig auszunehmen. Außerdem wurde beschlossen, die Beschlüsse der Versammlung dem Reichstag und Bayerischen Landtag zur Kenntnis zu bringen.

Berlin, 30. Jan. Wie das „Berl. Tagebl.“ erfährt, hat die sozialdemokratische Fraktion bei dem Präsidenten des Reichstages die sofortige Einberufung des Reichstages beantragt. Begründet wird dieser Antrag mit der unruhigen Lage, die durch die Streikbewegung geschaffen worden sei.

Eine Mahnung der Regierung.

WB. Berlin, 28. Jan. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt: In Berlin und an einzelnen Stellen im Reich haben Arbeiter den heutigen Augenblick zu dem Versuche benutzt, durch Niederlegung

der Arbeit auf die Regierung einen politischen Druck auszuüben. Ein von den Streikenden in Berlin gebildeter Ausschuss hat Forderungen aufgestellt, die sich u. a. auch mit innerpolitischen Fragen befassen. Soweit sich daran ein Zweifel an der Entschlossenheit der Regierung ausdrückt, die von ihr zugesagten Reformen im Innern durchzuführen, gehen sie von einer völlig falschen Voraussetzung aus.

Was die gleichfalls in den Forderungen berührten Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk betrifft, so sind sich die streikenden Arbeiter vermutlich nicht darüber klar, daß ihr Verhalten zu dem Gegenteil dessen führen muß, was sie erreichen wollen. Statt die Verhandlungen über den Frieden zu fördern, erschweren und verschleppen sie deren Verlauf, indem sie unsere Feinde in ihren Ansprüchen gegen unsere Unterhändler bestärken. Die Regierung, die in Brest-Litowsk verhandelt, um zu einem Frieden zu gelangen, der die deutschen Lebensinteressen beachtet, dabei aber ein freundschaftliches Verhältnis zu unserem bisherigen Feind möglich macht, wird durch derartige Kundgebungen sich von dem als richtig erkannten Wege nicht abbringen lassen. Sie muß vielmehr erwarten, daß die streikenden Arbeiter sich bei ruhiger Ueberlegung baldigt von der Schädlichkeit ihres Verhaltens überzeugen und zu ihrer Arbeit zurückkehren, die für jeden eine heilige Pflicht gegen das Vaterland ist.

Nach streben wir in schwerem Kampfe. Jeder, der in der Heimat seine Arbeit vernachlässigt oder gar niederlegt, verflucht sich an anderen Vätern im Felde, die mit ihrem Blut unter den größten Anfechtungen und Gefahren den Feind abwehren, der es auf die Unterwerfung Deutschlands, auf die Vernichtung seiner wirtschaftlichen Stellung und damit die der Vernichtung des deutschen Volkes, also auch der deutschen Arbeiterschaft, abgesehen hat.

Das Pflichtbewußtsein, mit dem unsere Arbeiter sich bisher um das Volkswohl verdient gemacht haben und das sie in ihrer erdrückenden Mehrheit auch heute noch dem Vaterlande beweisen, wird das jeinige dazu beitragen, um die Streikbewegung baldigt zu Ende zu bringen.

Das Echo der Presse.

Berlin, 30. Jan. Verschiedene Morgenblätter sagen, daß die sozialdemokratischen Parteien resp. Fraktionen die volle Verantwortung für den Streik, die sie zuerst abzulehnen versuchten, auf sich zu nehmen sich bereit finden lassen möchten.

Die gestrige Kundgebung der „Nordb. Allg. Ztg.“ bringt, wie die rechtsnationalen „Tägliche Rundschau“ sagt, dankenswerte Momente, auch sei der Hinweis zu begrüßen, daß es die Feinde auf die Vernichtung unserer wirtschaftlichen Stellung abgesehen hätten, also auf die Vernichtung des deutschen Volkes, der deutschen Arbeiter. Es sei notwendig, daß die Regierung jetzt mit solchem Sinnes vor die breite Öffentlichkeit trete, vor den Mann der Straße, denn unseren Arbeitern würden solche Argumente zu oft vorenthalten.

Die linksnationalen „Berl. Börsenztg.“ sagt: „Es hat gewiß keinen Zweck, nach Schuldigen zu suchen, die Del ins Feuer gießen.“

Sch. Berlin, 30. Jan. (Privattelegr.) Ein großer Teil der Berliner Morgenzeitungen, darunter das „Berliner Tageblatt“ und die „Berliner Morgenpost“, ist nicht erschienen wegen des allgemeinen Ausstandes in Groß-Berlin. (g. R.)

Badischer Landtag.

16. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Karlsruhe, 29. Jan. Um 1/4 12 Uhr wird die Sitzung von dem Präsidenten Dr. Zehnter eröffnet. Zunächst erfolgt die Beantwortung von

kurzen Anfragen.

Abg. Kahn (Sozd.) wünscht Auskunft, wann die Verlegung der Stadt Schwetzingen von der zweiten in die erste Ortsklasse erfolgt.

Abg. Böhle (Sozd.) stellt die Anfrage über die großen Zugespaltungen und schlechten Verbindungen, sowie Anschluß nach dem Rheinfal. — Finanzminister Dr. Rheinboldt entgegnet, daß die badische Eisenbahnerverwaltung ihr möglichstes tue, den Zugespaltungen entgegenzuwirken und stellt eine Fahrplanverbesserung, sobald die an und für sich schwierigen Verhältnisse bei den Eisenbahnen es gestatten, in Aussicht.

Sodann wird die Ausprache über den Voranschlag des Ministeriums des Großh. Hauses, der Zuzug und des Ausmärtigen fortgesetzt. — Ministerialdirektor Kühn gibt Auskunft über die Beteiligung der badischen Industrie an Heereslieferungen.

Abg. Blum (natlib.) führt aus, daß die Ernennung des Justizministers nicht nur in weitesten Kreisen der Bevölkerung, sondern vor allem in Richterkreisen lebhaft begrüßt worden ist. Unser Richterstand, der die alten badischen Traditionen hochhält und seine Pflicht in vollem Maße erfüllt, muß in allen Teilen so gestellt werden, damit er in vollster Uebereinstimmung sein Amt ausüben kann. Betschlag besteht der Wunsch, daß Prozesse nicht durch Entscheidung, sondern durch Schlichtung erledigt werden und in Handelskreisen ist die Ansicht vorherrschend, in den Kammern für Handelsachen sollte ein weniger häufiger Wechsel in der Person der Vorsitzenden erfolgen. Weiter wird in weiten Kreisen gewünscht, auf dem Gebiet der Gesetzgebung sollte recht bald ein Zustand der Ruhe eintreten. Sehr bezeichnend ist die Zunahme der jugendlichen Delinquenten. Die Befreiung von Verwahrungsanstalten für jugendliche Straflinge bedingt ein Geschick, was aber auch für ältere Gefangene, wird zur unbedingten Notwendigkeit. Energisch bekämpft muß die Prostitution werden, die gerade während des Krieges an Umfang zugenommen hat. Eine äußerst schwierige Tätigkeit üben die Gefängnisgeistlichen aus. Med. und Kraus stehen an ihrer Spitze. An den Herrn Justizminister möchte die Bitte richten, neben Juristen und Offizieren auch Männer aus dem Kreise der verdienten Gefängnisgeistlichen zur Leitung der Verwahrungsanstalten heranzuziehen. Der Redner trägt schließlich noch einige Wünsche aus den Kreisen der Justizbeamten vor.

Abg. Marum (Sozd.) bespricht die Verteilung von Oden, die nach dem ganzen System zu schließen, nach welchem die Orden verteilt werden, im allgemeinen sehr gering eingeschätzt werden. Da die badische Geandtschaft in München im Kriege bewiesen hat, daß sie gar keinen Wert besitzt, so wäre es besser, man würde einen Teil der Gelder dazu verwenden, um die badische Geandtschaft in Berlin wirtschaftlich auszustatten. Eine Vereinfachung der Rechtspflege kann man nur unterstützen. Im folgenden erörterte der Redner eine Neuordnung der Grundbuchverfassung, bei der die Kaufverträge nicht geschädigt werden dürften. Nicht weniger als billig wäre es, wenn der § 30 des Grundbuchführungsgesetzes dahin geändert werde, daß der Staat sich an den durch den Krieg entstandenen Defiziten der Gemeinde-Grundbuchämter beteilige. Wird die Regierung nicht gewillt sein, hier helfend einzugreifen, so wird der Landtag einen energischen Schritt zugunsten der Gemeinden unternehmen müssen. Die Wünsche der Justizbeamten nach Verbesserung ihrer Verhältnisse sind ausführbar. Die Gebührenregelung der Rechtsanwältigkeit ist veraltet. Nicht zu wünschen ist, daß die Beurlaubung des Oberlandesgerichtspräsidenten maßgebend sei bei der Ernennung von Oberlandesgerichtspräsidenten. Der Gesetzentwurf betreffend Aufhebung § 153 der Gewerbeordnung ist leider noch immer nicht eingebracht; vielmehr gibt uns der Herr Minister Auskunft darüber. Ebenso wie dieser Paragraph muß auch der § 253 des R. Str. G. fallen, welcher auch die Bedrohung mit Boykott und Streik unter Strafe stellt. Bei den Bestrafungen wegen Kriegswucher soll darauf geachtet werden, daß der ehrsüchtige Handel nicht für die großen Wucherer, die oft frei ausgehen, hafte muß.

Leider hat die Abtötung vor dem Gesetz in weitesten Kreisen stark nachgelassen, nicht die Verbrecher beständigen heute in großer Zahl die Gerichte, sondern die Frauen und Jugendlichen die sich gegen die

Kriegsgefehrte vergangen haben. Vizepräsident Rohrhoff hat inmitten den Vorh. übernommen.

Abg. Dr. Zehnter (Ztr.) wendet sich gegen den bei den Verhandlungen vorgebrachten Wunsch, die Landgerichte sollten vom Oberlandesgericht diktiert werden. Eine Dienstreue bei den Landgerichten habe ich für unnötig, dagegen ist die bei den Amtsgerichten angebracht, wo jüngere Richter amtierend und es auch notwendig ist, den Gerichtsschreibern zu kontrollieren. Auch gegen den in der Kommission ausgesprochenen Wunsch, die Regierung möge den Städten mit Grundbuchämtern die Kosten bis zu 75 Proz. abnehmen die ihnen über die Einnahmen hinaus während des Krieges erwachsen sind, muß ich mich wenden. Die Zweiteilung zwischen staatlichen und städtischen Grundbuchämtern war völlig verfehlt. Die Begnadigung der Grundbücher vom Rathaus in das Amtsgericht wird vom Publikum nicht gewünscht. Einer Zusammenlegung von Grundbuchämtern sehe ich wenig sympathisch gegenüber, dagegen wäre zu erwägen, ob man nicht für 45 oder 6 benachbarte kleine Grundbuchämter einen gemeinschaftlichen Hilfsbeamten bestellen sollte.

Minister Dr. Düringer

erwidert dem Abg. Geß (Unabh. Soz.) auf seine Ausführungen über die Gefangenenebehandlung im Fall „Krause“, wonach die Gefangenen gefesselt worden seien und ihnen bei der Vernehmung der Zigarrenraum ins Gesicht geblasen wurde, um bei den Beschuldigten eine Willkür herbeizuführen. Ich habe diese Ausführungen genau untersucht. Die Untersuchungsgefängnisse sind einer alten Uebung gemäß an der Länge vorgeführt worden. Damit aber künftig in dieser Hinsicht keine Fehler mehr vorkommen, habe ich angeordnet, daß die Entscheidung darüber, ob ein Beschuldiger mit der Länge vorgeführt werden darf, nicht allein einem Subalternbeamten überlassen bleibt, sondern eine Weisung des Vorgesetzten einzuholen ist. Ueber das Mäandern während der Dienstzeit ist ein Generalfazettel angelegt worden. (Weiterkeit.) Ich habe gegen das Mäandern im Dienst nichts einzuwenden, aber während der Sprechstundenseit oder der Vernehmung sollte es unterbleiben. Es ist richtig, daß der Untersuchungsrichter bei der Angeklagtenvernehmung im Fall „Krause“ gerodet hat und ich habe ihm darüber das nötige bemerkt, ganz unrichtig ist es aber, daß dem Beschuldigten der Mäand ins Gesicht geblasen worden ist, um eine Willkür herbeizuführen. Das letztere ist wohl eine Nebenentscheidung des Abg. Geß, die ich nicht zu widerlegen brauche.

Auch ich bin der Ansicht, daß bei Begnadigungsgefängnissen jeder Fall individuell behandelt werden muß. Für die Aufzeichnung der Richterstellen besteht nach meiner Kenntnis kein allgemeiner Wunsch. Der Minister beabsichtigt sich im folgenden eingehend mit dem badischen Grundbuchwesen und der Stellung des Notariats zu befassen, dessen Dank seiner Kenntnisse der Grundbücher, nicht entbehrt werden könne. Die Organisation des Grundbuchs zu ändern, dafür ist die Zeit noch nicht gekommen. Ich bin ein Gegner jedes Bürokratismus und kann mich nicht damit befremden, daß der Staat mehr Beamte hat, als unbedingt notwendig sind. Im weiteren beabsichtigt der Minister mit dem Stand der Notare und fuhr fort, daß der Staat auch an dem Bestehen des Annahmestandes das größte Interesse habe. Die Frage, ob man diese beiden Stände zu einem einzigen Berufsstand nach dem Beispiel Preußens und Sachsens vereinigen sollte, ist erdentswert, aber ich möchte auch hierüber heute keine bestimmte Stellung einnehmen. Zu bedauern bleibt, daß seinerzeit der badische Gesetzgeber den Anschluß an die Gesetzgebung im übrigen deutschen Reich veräußert hat. Aber nach dem einmal der Schritt getan ist, können wir in der nächsten Zeit nur das tun, was das Material zu verschaffen, in welcher Weise eine andere Regelung des Notariatsdienstes, des Grundbuchwesens möglich ist. Diese Erhebungen werden sofort in Angriff genommen werden und die Entscheidungen darüber werde ich wohl dem nächsten Landtag vorlegen können. Dankbar bin ich dem Berichterstatter, daß er gesagt hat, alle diese Fragen sollen nicht zu Agitationszwecken verwendet werden. Ich hoffe, daß dieses Wort auch gehalten wird; denn es handelt sich in der Tat um ganz unpolitische Dinge, die aus rein sachlichen Gründen entschieden werden müssen. Dazu erblicke ich mir Ihre Zustimmung.

Sodann wird kurz nach 7 Uhr die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf Mittwoch vorm. 9 Uhr vertagt. Auf die Tagesordnung wird noch gefolgt die Beratung des Voranschlags des Staatsministeriums und des Finanzministeriums.

Karlsruhe, 30. Jan. Der 2. Kammer ist heute der Gesetzentwurf über die Abänderung der Gemeinde-Einkommenbesteuerung zugegangen. Durch das neue Gesetz soll den Gemeinden die Möglichkeit eröffnet werden, die für die staatliche Einkommenbesteuerung getroffene Bestimmung über die veränderte Staffelung der Steuerzuschläge auch für die Gemeindebesteuerung nutzbar machen zu können.

Karlsruhe, 30. Jan. Eine hier abgehaltene sehr hochbesuchte Versammlung des Verbandes des deutschen Verkehrs-personals nahm eine Entschliessung an, in der gesagt wird, daß die Eisenbahner am Rande des Durchhaltenkönnens angelangt sind und eine entsprechende Besserstellung vom Landtag umgehend erwarten.

Ämtliche Nachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 18. Januar d. J. an die Badische Regierung die Verordnungen des Reichspräsidenten, Geheimrat 2. Klasse Dr. Karl Glöckner in Karlsruhe mit Wirkung vom 28. Dezember 1917 den Rang eines Staatsrats zu bewilligen.

Vermischtes.

Berlin, 30. Jan. Laut „Deutscher Tagesztg.“ melden französische Blätter aus Newyork eine riesige Feuerbrunn. In Newyork-Brooklyn hat sie die Docks auf einer Länge von 3000 Meter sowie 7 staatliche Speicher zerstört.

Mainz, 30. Jan. Im Bahnhof Unterborn fuhr infolge falscher Weichenstellung bei dichtem Nebel der Personenzug 243, der von Mainz nach Köln unterwegs war, auf einen Rangierzug auf. Mehrere Personen wurden schwer verletzt. (B. Zbl.)

Verzerrungen Kriegsbeihilfen.

WB. Berlin, 29. Jan. (Ämtlich.) Entsprechend den Grundgesetzen für die Gewährung von Kriegsbeihilfen aus dem Reich der Verzerrung an die Zivilbeamten im Ruhestand und ihren Hinterbliebenen wird jetzt auch den pensionierten Beamten der Seereserverwaltung und ihren Hinterbliebenen Kriegsbeihilfe gezahlt. Auch die pensionierten Offiziere und die Rentnerempfänger und ihre Witwen und Waisen können ebenfalls mit tausenden und einmaligen Kriegsbeihilfen bedacht werden, für deren Bewilligung bei Offizieren usw. das Kriegsministerium, bei Rentnerempfängern usw. das örtliche zuständige stellvertretende Generalkommando in Frage kommt.

Laxin-Konfekt regelt den Stuhlgang bei Erwachsenen und Kindern. Aertzlich empfohlen! Originaldose Mk. 1.50.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 30. Jan. Im Jahre 1917 wurden den nachbenannten Apothekern, welche die pharmazeutische Prüfung vor einer der Prüfungskommissionen in Heidelberg, Freiburg und Karlsruhe bestanden...

Karlsruhe, 29. Jan. Das Ministerium des Innern hat folgendes angeordnet: Durch Verfügung des Bezirksamts kann für den Bezirk oder Teile des Bezirks die Verwendung von Stroh zu Streuzwecken verboten werden.

Heidelberg, 29. Jan. Die kreissteuerpflichtigen Steuerkapitalien betragen in unserem Kreis für das Jahr 1918: 1.502.963 510 Mark...

Freiburg, 30. Jan. Bei der Schwabentorbrücke ist das neunährige Töchterchen des Kaufmanns W. B. Weigert tödlich verunglückt. Von einem Hunde verfolgt, sprang das Mädchen über die Straße...

Stodach, 29. Jan. Anstelle des verstorbenen Bezirksrats Anton Niedmaier in Gallmamsweil ist Gemeinderat Ferdinand Keller in Mühlhölz bisher Ersatzmann für ein beim Herrschaftlichen Bezirksratsmitglied, für die weitere Dauer der Dienstzeit des Erregenen...

Karlsruher Hoforchester in Mannheim.

Mannheim, 29. Jan. Der Mannheimer Philharmonische Verein, der in den Jahren vor dem Kriege bei den Konzerten seines Sinfonieorchesters mit der Auswahl der Solisten stets den Vogel abschlug...

Nachdem von Mannheim seit erst unlängst die Anregung ergegangen ist, die Austauschspiele der beiden Hoftheater des Großherzogtums wieder aufzunehmen...

Darüber kann nun leider kein Zweifel bestehen, daß die Zeitumstände in ihrer Einwirkung auf den qualitativen und numerischen Bestand der Karlsruher Hofkapelle nicht dazu geeignet sind...

er sich mit Herrn Cortolezis, der aus militärischen Gründen ja nur zeitweise in Karlsruhe tätig sein kann, sehr rasch wieder zu einem aktionsfähigen Ganzen zusammenzufinden. Der Veranstaltung des Mannheimer Gastabends erwuchsen aber doch ganz wesentliche Schwierigkeiten...

Es stellt die Mannheimer Dirigierleistung des Herrn Hofoperndirektors Cortolezis also erst in das rechte Licht, wenn man sich vergegenwärtigt, daß er einem kombinierten Orchester gegenübersteht. Daß er es seinem künstlerischen Willen völlig unterzuordnen und es zum Erfolg zu führen vermochte...

Eine besondere Ueberraschung für Mannheim war aus der Programmfolge Mozarts konzertantes Quartett für Oboe, Klarinette, Horn und Fagott, das vom Meister für Mannheimer Musiker geschrieben worden ist...

Als Solist des Konzerts war der ungarische Cellist Herr Jödegy, erschienen, der heute schon Ton und Technik in genügendem Maße besitzt, um sich mit Cahals messen zu können...

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 30. Januar. S. A. S. der Großherzog empfing gestern den Hch. Legationsrat Dr. Schub und den Minister Dr. Hübsch zum Vortrag.

Erleichterungen zur Kriegsanleihe. Damit der bevorstehenden achten Kriegsanleihe auch weniger flüssige Vermögensbestände, vor allem der Grundbesitz leichter dienlich gemacht werden können...

Eine stimmungsvolle Kaiser-Geburtsstagsfeier vereinte jüngst die Anwesenden des Reserve-Lazarets VI (Lehrerzimmern 1). Es war trefflich in den Rahmen der ersten Zeit, daß fast alle Mitwirkenden...

in Feldgrau erschienen waren. Herr Bruno Stürmer eröffnete die Feier mit dem feurigen March aus „Katarina Cornaro“ von Lachner, worauf Offizier-Stellvertreter Kolbenhagen in militärisch-innenen, gedruckten Worten ein Lebensbild unseres obersten Kriegsherrn entwarf...

Im Weibenz-Theater (Waldstraße) bringt im Spielplan Mittwoch, Donnerstag und Freitag das 4stüchtige Drama „Das Weibchen der Vergangenheit“, wieder mit Carola Bölle und Carl de Vont in den Hauptrollen...

„Der Jubiläumspreis“ heißt der neueste Film der Alwin Neuss-Gesellschaft, der an erster Stelle in dem neuen Programm ab heute steht...

Abends 8 Uhr findet ein Sonderkonzert der doppelt verstärkten Künstlerkapelle Friedrich statt. (Siehe Anzeige.)

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Geburten. 28. Jan. Johann Konie von Carlsbad, Lagerdiener hier, mit Sophie Schilling von Cölnburg; Anton Hoffmeister von Frankenthal, Ledemmeister in Rehl, mit Emma Hoffmann von Mannheim.

Heiratungen. 29. Jan.: Franz Öst von hier, Maler hier, mit Anna Müller, geb. Köhler, von Weinheim; Robert Mühs von Adolphsdorf, Buchhalter hier, mit Luise Schuler von Dausfeld.

Todesfälle. 28. Jan.: Franziska Pfann, alt 61 Jahre, Witwe von Josef Pfann, Maurer; Albert Baumgarte, Ingenieur, Ehemann, alt 60 Jahre.

Verdunigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Mittwoch, 30. Jan., 2 Uhr: Margarete Leberer, Schülerin, Scheffelstraße 43. — 14 Uhr: Anna Engelhard, Schmieds-Frau, Philippsstraße 19 (in Mühlburg beerdigt).

Wasserstand des Rheins.

Sanktinsel, 30. Jan. morgens 6 Uhr 1,28 m (29. Jan. 1,42 m) 12 Uhr 2,00 m (29. Jan. 2,38 m)

Maxau, 30. Jan. morgens 6 Uhr 3,97 m (29. Jan. 4,02 m)

Mannheim, 30. Jan. morgens 6 Uhr 3,20 m (29. Jan. 3,37 m)

Veranigungs- und Vereins-Anzeiger.

(Das Mittee istet man aus dem Anzeigerblatt zu sehen.)

Mittwoch, den 30. Januar

Großer Rathausaal, 8 U. Vortr. u. Grundlage d. Ernährungspolitik

Donnerstag, den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr: 1393

Großes Sonder-Konzert

mit doppelt verstärkter Kapelle unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Alfons Zigel.

Kaffee Odeon

Öffentliche Versammlung.

Mittwoch, den 30. Januar, abends 8 Uhr, im großen Rathhausaal.

Vortrag

des Herrn Dr. Wohlmannstetter, Berlin, Referent im Kriegsernährungsamt, über

„Grundlagen der Ernährungspolitik Deutschlands“.

Eintritt frei. 1804

Karten für einige vorbestaltene Plätze zu 1/2 sind am Saaleingang erhältlich.

Kriegsaussschuß für Konsumenteninteressen Bezirksaussschuß Karlsruhe (Baden).

Colosseum

Waldstraße 16/18 — — — — — Telephon 1938.

Morgen Donnerstag, den 31. Jan. d. J. Abschieds-Vorstellung

des gegenwärtigen Programms.

In dieser Vorstellung wird Herr Delauné Efendi zum letzten Male die Flucht aus der Kiste vorführen und wird bei dieser Vorführung auf Grund einer Wette einen stadtbekanntem Herrn mit in die Kiste nehmen.

B3177

Freitag, den 1. Februar 1918

vollständig neues Programm.

Taschen-Batterien

neu eingetroffen. 1282.64

An Wiederverkäufer wird zu günstigen Preisen abgeben.

Grund & Oehmichen, Waldstr. 26.

Es ist rasam, die ältesten Werke u. Werke reparieren u. andere ausführen. Ladefläche u. billige Ausbesserung. 22988

38179 R. Köhler, Douglasstr. 8, part.

Zuschaukarten, ein einzelner Brunnen und eine Föhre Düng sind billig zu verkaufen.

38179 R. Köhler, Douglasstr. 8, part.

22988

38179 R. Köhler, Douglasstr. 8, part.

22988

38179 R. Köhler, Douglasstr. 8, part.

22988

38179 R. Köhler, Douglasstr. 8, part.

22988

38179 R. Köhler, Douglasstr. 8, part.

22988

38179 R. Köhler, Douglasstr. 8, part.

22988

38179 R. Köhler, Douglasstr. 8, part.

22988

38179 R. Köhler, Douglasstr. 8, part.

22988

38179 R. Köhler, Douglasstr. 8, part.

22988

38179 R. Köhler, Douglasstr. 8, part.

22988

38179 R. Köhler, Douglasstr. 8, part.

22988

38179 R. Köhler, Douglasstr. 8, part.

LUXEUM = Lichtspiele. Kaiserstraße 168. Telefon 3985. Mittwoch bis Freitag! Alwin Neuss und Käthe Haack in dem neuesten Filmwerk „Der Jubiläumspreis“. Ein Sportsdrama in 4 Akten. Eggede Nissen in dem Schauspiel „Die 3 auf der Platte“ 4 Akte. 1886. Täglich Anfang 3 Uhr. Kassenöffnung 1/3 Uhr.

Saarspangen werden repariert. 32857 Manrechtstr. 20, 2. St. Gebrauchte Möbel, Flaschen, Kumpen, Papier, beschlagnahmefrei, laut u. zahl aut. Post. genügt. Köhler, Scheffelstr. 64. Frau in Wirtschaftswesen gut bewandert, sucht ausgeh. Wirtschaft oder Kaffee zu übernehmen. Kant. kann gestellt werden. Zu erf. unter Nr. 33186 in der Geschäftsstelle der „Bad. Presse“.

Ohne Bezugschein liefern wir: hektographen-Rollen (beschlagnahmefrei). 33120.3.1 passen für alle Apparate. Curt Riedel & Co., Karlsruhe, Fernstr. 2979. Adlerstr. 4.

Ein jünger, gut erhalt. Rind-Diwan aus best. Material, ganz neu, zu verkaufen. Angebote mit Preis unter 33102 an die „Bad. Presse“ erb. Dynamoschne, 25-40 Volt u. niedriger Amp. Leistung, Kraftbedarf bis 1/6 P.S., zu kaufen gef. Angeb. unt. 33095 an die Geschäftsst. d. „Bad. Pr.“

Verlobte - Kriegsgetraute! In guter Qualität und zu noch mässigen Preisen empfehle: Schlafzimmer, Speisezimmer, Wohnzimmer, Küchen, Einzelmöbel, Polsterwaren. Wer sich jetzt seine Möbel sichert, spart Geld und kann solche sofort bei Friedensschluss benutzen. (Aufbewahrung kostenlos). Hch. Karrer Möbelhandlung und Lagerhaus K'he-Mühlburg Philippstraße 19.

Revolver oder Repetier-Ristole zu kaufen gesucht. Gebrauchte gute Geisse zu kaufen gesucht. Angebots mit Preisangabe an 3378 A. Wetisch, Belgienstr. 37. Schlafzimmereinrichtung mit 1 u. 2 Betten, 33094 Speise-, Piano, modern, von Privat zu kaufen gesucht. Louis Alubjessel. Angeb. mit Preisang. an J. Hitz, Freiburg i. B., Schwabstr. 22. Zwei saubere Federbetten werden aus Privathaus zu kaufen gesucht. Angebote unter 33176 an die Geschäftsst. d. „Bad. Presse“. Zu kaufen gesucht Schrank, Sofa u. Kommode. Angeb. mit Preisangabe 33156.2.1 Frau Weinger, Sebanstr. 1. Gebr. Rohrpflanzhoffer und Ledertische zu kaufen gesucht. Preisangebote unter Nr. 33146 an die „Badische Presse“. Hochpräpariertes Bett komplett mit Koffhaarmatratze, sowie guterhalt. Bett, email. od. schwarz, zu kaufen gesucht. Angebote unter 33101 an die Geschäftsst. d. „Bad. Presse“. In verkaufen 1 Posten größere und kleinere Kisten. 33141 G. Ziwin, Markgrafstr. 3. Telephon 2191.

